



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössische Steuerverwaltung
Frau Brigitte Behnisch
Eigerstrasse 65
3003 Bern

13.085 Volksinitiative. Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Konsultation zum direkten Gegenentwurf; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 4. Juli 2014 hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-NR) die Kantonsregierung eingeladen, zum direkten Gegenentwurf *"Heiratsstrafe abschaffen - für eine Familienpolitik für alle"* Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen. In der Beilage finden Sie den ausgefüllten Fragebogen.

Der Regierungsrat begrüsst die von den Initianten geforderte Beseitigung der steuerlichen Diskriminierung von Ehepaaren bei der direkten Bundessteuer und lehnt den von der WAK-NR unterbreiteten direkten Gegenentwurf ab. Die Initiative *"Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe"* spricht sich klar für die Familienbesteuerung und gegen die Individualbesteuerung aus. Der direkte Gegenentwurf der WAK-NR bringt angesichts des heute fehlenden Konsenses bezüglich der künftigen Familienbesteuerung keinen Fortschritt zum anstehenden Systementscheid bei der Familienbesteuerung auf Bundesebene. Falls der von den Initianten vorgeschlagene Initiativtext andere Lebensgemeinschaften - wie die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften - von einer Gleichbehandlung ausschliessen würde, wäre der

Initiativtext im Sinne eines Gegenvorschlags durch folgenden Zusatz zu präzisieren: "Durch Gesetz können andere Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens der Ehe gleichgestellt werden". Den ausgefüllten Fragebogen zum direkten Gegenentwurf finden Sie im Anhang.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 9. September 2014



Im Namen des Regierungsrats

Frau Landammann

Der Kanzleidirektor

Two handwritten signatures in blue ink. The first signature is on the left, and the second is on the right, overlapping slightly with the first.

Dr. Heidi Z'graggen

Roman Balli

Anhang

- Ausgefüllter Fragebogen

13.085 Volksinitiative. Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe

**Konsultation zum direkten Gegenentwurf
Fragebogen - Antworten Kanton Uri**

1.	Soll die Definition der Ehe als Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau explizit in der Verfassung Eingang finden? Dies hätte zur Folge, dass es nicht mehr möglich wäre, das Institut Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen.
Antwort	Ja. Die Initiative steht in Einklang mit der im Zivilrecht festgelegten Wertordnung von Ehe und Familie. Falls der von den Initianten vorgeschlagene Initiativtext andere Lebensgemeinschaften - wie die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften - von einer Gleichbehandlung ausschliessen würde, wäre der Initiativtext im Sinne eines Gegenvorschlags durch folgenden Zusatz zu präzisieren: "Durch Gesetz können andere Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens der Ehe gleichgestellt werden".
2.	Soll in der Verfassung verankert werden, dass Ehepaare in steuerlicher Hinsicht weiterhin eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden? Damit würde vorgegeben, dass für Ehepaare eine gemeinsame Besteuerung vorzusehen ist. Der Wechsel zur Individualbesteuerung wäre damit ohne erneute Verfassungsänderung ausgeschlossen.
Antwort	Ja. Mit der von den Initianten geforderten Verankerung des Grundsatzes der gemeinsamen Besteuerung der Ehepaare in der Verfassung werden die Chancen für einen politischen Kompromiss zur Beseitigung der heutigen Überbesteuerung massgeblich erhöht. Der von der WAK-NR unterbreitete direkte Gegenentwurf schmälert die Chance zur Findung einer konsensfähigen und finanzpolitisch tragbaren Lösung.
3.	Befürworten Sie einen direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe"? Wenn ja, welchen Wortlaut der neuen Verfassungsbestimmung würden Sie bevorzugen? a) Wortlaut des Gegenentwurfs, Antrag der Mehrheit b) Wortlaut des Gegenentwurfs, Antrag der Minderheit 1 c) Wortlaut des Gegenentwurfs, Antrag der Minderheit 2
Antwort	Nein. Die Initiative "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe" spricht sich klar für eine Familienbesteuerung als Wirtschaftsgemeinschaft und gegen die Individualbesteuerung aus. Deshalb werden sowohl der Antrag der Mehrheit als auch die Anträge der Minderheit 1 und 2 abgelehnt.